Sozialer Wandel – Zukunftsaufgabe politischer Bildung

DER »CLASH OF GENERATIONS« IST VERMEIDBAR

Jürgen Turek

Ausgehend von der demographischen Entwicklung erarbeitet Turek Funktionen politischer Bildung. Sie soll helfen, den »Clash of generations« zu verhindern. Der demographische Wandel ist aber nur einer unter mehreren Trends: Der Wandel von der modernen Industrie- zur transnationalen Technologiegesellschaft erfordert einen erneuerten Generationenvertrag. Politische Bildung initiiert dabei eine zukunftsorientierte Einwirkung der Gesellschaft auf sich selbst.

Die sicher geglaubten Besitzstände im Sozialstaat schwinden. Bei den Menschen im Lande kommt die dumpfe Ahnung auf, dass die Einbahnstraße eines linear wachsenden Wohlstands und dauerhafter sozialer Sicherheit in Zukunft eine Gegenbahn erhält. Die Architekten des Neoliberalismus und die Verwalter der Flaute in den öffentlichen Kassen arbeiten daran. Eine Ursache dafür ist der demographische Wandel, der den konventionellen Generationenvertrag erodiert. Mit punktuellen Maßnahmen haben die Verantwortlichen versucht, diesen Vertrag zu reformieren, doch nur mit geringem Erfolg. Die Fieberkurve des Reformstaus steigt. Die bedrohlichen Ahnungen bekommen durch die Statistik ihr empirisch-wissenschaftliches Gewicht.

Die deutsche Gesellschaft altert und schrumpft zugleich. Da mehr Menschen sterben als geboren werden, verliert das Land pro Jahr rund 200.000 Menschen. Gleichzeitig steigt das Alter, und den Erwerbstätigen stehen immer mehr Menschen im Ruhestand gegenüber. 1950 betrug der Anteil der 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung noch ein Drittel. Heute beträgt er ein Fünftel, und die Berechnungen gehen davon aus, dass er in rund 40 Jahren nur noch bei 15 Prozent liegen wird. Der Grund dafür ist ein erwarteter Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung von knapp 80 Jahren gegenwärtig auf etwa 90 Jahre im Jahr 2050. Gleichzeitig sinkt die „Fruchtbarkeitsrate“ der jungen Familien in Deutschland, die mit durchschnittlich ca. 1,3 Kindern weniger Nachwuchs „produzieren“, als für ein Gleichgewicht von Jungen und Alten notwendig ist. Im Ergebnis werden in etwa 30 Jahren in den modernen Industrie- und Technologiegesellschaften – also auch in Deutschland – durchschnittlich drei Erwerbstätige auf einen Rentenberechtigten treffen; heute beträgt dieses Verhältnis noch etwa fünf zu eins. In Deutschland selbst werden dann nur noch 65 bis 70 Millionen Menschen leben, wenn familien- und migrationspolitisch nichts geschieht.

Die nackten Zahlen (vgl. Abb. 1) – sie sind weitgehend bekannt – provozieren nun zunehmend das Gespenst eines »Krieges der Generationen«. Denn der demographische Faktor kommt mittlerweile mit voller Wucht im Rentensystem an. Die Jugend, so die simple Schlussfolgerung, werde sich den Folgen ihrer Dezimierung verweigern und sich dem Zwang entziehen, immer mehr Alte zu versorgen und immer stärker angestiegene Altlasten der Vergangenheit mit freundlicher Miene zu entsorgen.

»Gespenst eines ›Krieges der Generationen‹«

Schon heute ist klar: Das Rentensystem wird so nicht ohne Weiteres funktionieren. Der demographische Wandel wird Rentner und Beitragszahler etwas kosten. Nach der letzten Rentenreform soll der Beitrag bis 2020 unter 20 Prozent bleiben, danach auf ungefähr 22 Prozent steigen. Das Rentenniveau wird in diesem Modell von derzeit 70 auf etwa 67 Prozent sinken. Die Erwerbstätigen werden mehr zahlen, dann aber im Alter auch weniger erhalten. Alleine das wird schon jetzt vielerorts als schreiende Ungerechtigkeit empfunden oder wenigstens so artikuliert. Denn die letzte Reform wird von vielen noch nicht als das letzte Wort angesehen. Und die Zuversicht, der Staat werde es schon richten, hat bei vielen Menschen keine Konjunktur. Und in der Tat, der Staat verliert an Handlungsfähigkeit: Die Gesamtverschuldung von Bund und Ländern macht heute sagenhafte 1,29 Billionen Euro aus. Der Schuldenzuwachs beträgt pro Sekunde annähernd zwei Euro und alleine der Bund musste seine Nettokreditaufnahme 2002 um 13,5 auf insgesamt 34,6 Milliarden ausweiten. Wer, so die teure Überlegung, soll das eigentlich jemals bezahlen?

Vielen Menschen, ob alt, ob jung, ist das klar und es knirscht im sozialen Gefüge der deutschen Gesellschaft.

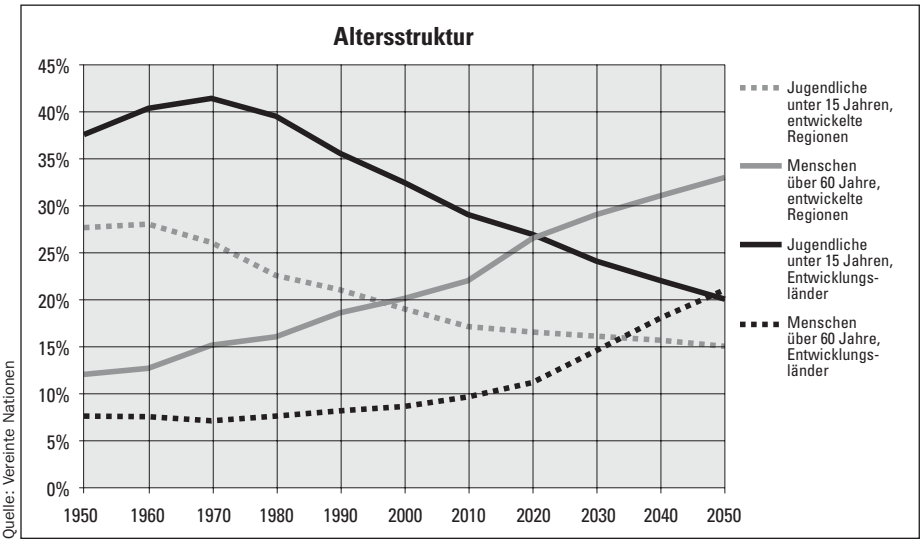

Abb. 1: Altersstruktur 1950-2050 in entwickelten Regionen und Entwicklungsländern

Das fein austarierte System des Generationenvertrags steht insgesamt zur Disposition. Kommt es also zum »Clash of Generations«? Droht eine neue APO der jugendlichen Art, oder werfen die Jungen einfach den Bettel hin? Das alles muss nicht sein, nimmt man die Krise der Generationengerechtigkeit persönlich und gesellschaftspolitisch ernst. Dazu gehören viele Schritte.

Das Verhältnis zwischen Jungen und Alten ist zunächst einmal nicht per se vergiftet. Viele ältere Menschen verfügen heute über eine erhebliche Kaufkraft und sind im Normalfall über eine große Liebe ihren Kindern und Enkeln verbunden. Sie können den Nachwuchs mit versorgen, und dieser kann und muss sich seinerseits stärker privat absichern. Bemerkenswert ist dabei, dass vor dem Hintergrund der volatilen Geschlechterverhältnisse, die sich in hohen Scheidungsraten niederschlagen, die persönlichen Generationenbande wenigstens auf familiärer Basis stärker geworden sind. Aber dennoch gilt es in gesamtgesellschaftlicher Hinsicht, alle Parteien des formalen Generationenvertrags für eine insgesamt dramatisch veränderte Lage zu sensibilisieren. Und deshalb sind in starker Weise auch die politische Bildung und eine diesbezüglich aktivere Politikberatung gefordert. Denn sonst, so steht zu befürchten, geht durch das Gefühl wachsender Unfairness die politische Kultur zwischen Gebenden und Nehmenden »den Bach hinunter«.

»Gefühl wachsender Unfairness zwischen Gebenden und Nehmenden«

Der demografische Wandel ist – so bedeutend er erscheint – nur ein Basistrend. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft verändern sich erheblich. Die wachsende Kluft zwischen einerseits technologischen und wirtschaftlichen und andererseits gesellschaftspolitischen Innovationen flankiert den demographischen Wandel erheblich. Die dichter werdende weltwirtschaftliche Verflechtung und das Ineinandergreifen von vielen technischen Basisinnovationen in der Informations- oder Biotechnologie führen zu einer radikalen Veränderung der uns bekannten Gesellschaftswelt – mit allen Konsequenzen für das gewohnte soziale Miteinander. Mit atemberaubender Geschwindigkeit entsteht der Entwurf einer vernetzten Gesellschaftswelt. Wirkungsmacht und Synergien von moderner Globalität, technologischem und sozialem Wandel strahlen auf alle gesellschaftlichen Teilbereiche in unterschiedlicher Weise aus – auf Wirtschaft, Politik, Recht, Familie, Erziehung, Wissenschaft, Kunst, Religion und Medizin. Der Paradigmenwechsel stellt nahezu alles in Frage, nicht nur die Formen der Wertschöpfung, sondern auch das gesamte gesellschaftliche Beziehungsnetz, die Besitzverhältnisse, die Herrschaftsstrukturen oder religiöse und familiäre Bindungen. »Die Industriegesellschaft wird durch eine ›Transnationale Technologiegesellschaft‹ abgelöst. Das ist das Etikett der Zukunftsgesellschaft« (Weidenfeld/Turek 2002, S. 14).

Das 20. Jahrhundert hat sich mit einschneidenden Verschiebungen im Koordinatensystem von Industriegesellschaft und Nation verabschiedet. Die Rahmenbedingungen der modernen Gesellschaft wurden im »alten System« durch zwei historisch überzeugende Ideen definiert: den Nationalstaat und die Nationalökonomie im Gewande einer mehr oder weniger sozial abgefederten Marktwirtschaft. Ihre Verbindung gewährleistete wachsende Einkommen durch effiziente marktwirtschaftliche Wertschöpfung. Beide bildeten Bezugspunkte kollektiver Identität und den Ordnungsrahmen für die Schlichtung sozialer und politischer Konflikte. Das Wirtschaftsmodell basierte auf einer Marktordnung, die den Einsatz der Produktionsfaktoren belohnte, Wettbewerb begünstigte und Eigentumsrechte sicherte. Dies war die Grundlage wirtschaftlichen Wachstums und der Fähigkeit zum Strukturwandel. Im Rahmen der politischen Verfassung waren die politischen Grundrechte klar definiert. Die Gewaltenteilung, ein demokratisches Regierungssystem und ein funktionierendes Parteiengefüge garantierten eine größtmögliche Machtkontrolle und politische Repräsentation der Bürger. Gestützt auf den politischen Konsens der Parteien und Interessengruppen brachte die Industriege-

sellschaft auf der Grundlage robuster Generationen- und Gesellschaftsverträge diejenigen Ausgleichsmechanismen hervor, durch die die konfessionellen und sozialen Konflikte moderiert werden konnten.

Im Zeitalter der transnationalen Technologiegesellschaft wird insgesamt die ordnende und identitätsstiftende Kraft des Nationalstaates und der Nationalökonomie schwächer. Reichweite und Geschwindigkeit des Wandels fordern die Anpassungsfähigkeit staatlicher Institutionen und gesellschaftlicher Akteure heraus. Die zentralen Ressourcen sind in Zukunft nicht mehr Eisen und Stahl, nicht Elektrizität oder Chemie; auch Markt und Hierarchie werden sich prägnant ändern. Wissen und Kommunikation, transnationale Netze und dezentrale Produktion werden somit das Wirtschaftsleben prägen. Alles dies hat gravierende Auswirkungen auf die Sozialstruktur und die Versorgungssysteme der Technologiegesellschaft. Und hier schält sich im Kern die Notwendigkeit eines erneuerten Generationenvertrags heraus.

In diesem Kontext bedarf es auch einer innovativen politischen Bildung. Denn die Zukunftsgesellschaften stehen vor einem gewaltigen internen Transformationsprozess, bei dem die Elastizität und Effizienz des Generationenvertrags nur ein Problem von vielen ist. Dieser Prozess wird subjektiv unterschiedlich eher als Risiko oder eher als Chance wahrgenommen. Die Risiken lassen sich mit den anschaulichen Bildentwürfen der „Risikogesellschaft" (Ulrich Beck) oder der „Desintegrierenden Gesellschaft" (Wilhelm Heitmeyer) charakterisieren. Wenngleich andere Gesellschaftsentwürfe eher die positive Ausstrahlung globalen Wandels und technologischer Innovationskraft betonen, sind heraufziehende Probleme doch unverkennbar. Der Aspekt der Generationengerechtigkeit gehört entschieden dazu. Er wird zur Aufgabe politischer Bildung im Sinne einer kritischen Auseinandersetzung, rationalen Aufklärung und Deutung sowie der Suche nach Lösungen für diese gesellschaftliche Schlüsselfrage.

»Politische Bildung initiiert eine zukunftsorientierte Selbsteinwirkung der Gesellschaft«

Insgesamt gilt es im Zuge der Verantwortung für die nachwachsende Generation, das jetzige politische System im Ganzen nachhaltig zu gestalten. Politische Bildung initiiert eine zukunftsorientierte Einwirkung der Gesellschaft auf sich selbst und bildet so eine Investition in ihre Humanressourcen. Sie hat die Pflicht, den institutionellen Wandel zu verdeutlichen und entstehende politische Defizite zu identifizieren. Sie muss auch neue politische Regelungsimpulse formulieren dürfen. Ein innovatives Konzept politischer Bildungsarbeit kann somit den sozio-ökonomischen Wandel sinnvoll flankieren und avanciert damit zum Orientierungsdienstleister wie Datennavigator in einer politisch unüberschaubar gewordenen Welt. Sie hat sich darüber hinaus als Kommunikator zwischen staatlichen und nichtstaatlichen bzw. wirtschaftlichen Akteuren zu verstehen, deren politisches Gewicht in der Zivilgesellschaft zunehmend steigen wird. Ein Mehr an Demokratie und Partizipationsmodellen, die Intensivierung von Lebenskompetenz und lebenslanges „Lernen in Zusammenhängen" stellen zentrale Schlüsselbegriffe einer zukunftsorientierten politischen Bildung dar. So erfordert die Tendenz zu neuen gesellschaftlichen Organisationsformen eine intensive Diskussion auch über die Zukunft des Generationenvertrags. Hier gilt es, für positive Lösungsmöglichkeiten zu werben und das Reizthema »Krieg der Generationen« sachlich nüchterner zu thematisieren – er ist vermeidbar.

Nachhaltigkeit bezeichnet den Kernbereich der politischen Bildung im Epochenwechsel. Die transnationale Technologiegesellschaft stellt gesteigerte Anforderungen an das pädagogische Personal, die internationale und interdisziplinäre Ausrichtung der Angebote und die Methodenauswahl. Sie stärkt die Handlungsnotwendigkeit der Bildungsarbeit. Das Schlagwort »Global denken – lokal handeln« gehört zu den prägnantesten Chiffren einer bewussten Auseinandersetzung mit unserer zukünftigen Gesellschaftswelt. Das Bewusstsein für globale Zusammenhänge, die gerechtere Nutzung von Ressourcen sowie die gemeinsame Verantwortung für nachfolgende Generationen muss demnach stärker in den Mittelpunkt politischer Bildung rücken.

Literatur

Weidenfeld, W./Turek, J. (2002): Wie Zukunft entsteht. Mehr Risiken – weniger Sicherheit – mehr Chancen. München

Abstract

Taking demographical development as a starting point, Turek identifies functions of political education. It should help to avoid the »clash of generations«. Demographical change, however, is only one of several trends: the change from modern industrial society towards a transnational technological society calls for a new »contract across generations«. Political education initialises a future-oriented self-remodelling of society and thus becomes an investment into its human resources.

Jürgen Turek ist Geschäftsführer des »Centrums für angewandte Politikforschung« (C.A.P) an der Universität München und leitet dort die Forschungsgruppe Zukunftsfragen.

Kontakt: juergen.turek@lrz.uni-muenchen.de